

Kommentierte Buchanzeigen

Wolfgang Reinhard: Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie. München: C.H. Beck 2004, 718 S.

Nur vier Jahre nach der Publikation der „Geschichte der Staatsgewalt“, einer vergleichenden Verfassungsgeschichte Europas von Rang, präsentiert der Autor erneut ein in einem *opus magnum* nahe kommendes Werk. Es geht ihm um die zentralen Bereiche unserer Wirklichkeitserfahrung, mithin um eine historische Kulturanthropologie, die – nicht unmodisches Desiderat – Zugänge zur europäischen Geschichte vertiefen und erweitern soll. Der auf einer souveränen Verarbeitung der Literatur aller drei europäischen Verkehrssprachen aufbauende Band weist R. erneut als Meister seines Faches (und Anreger zahlreicher weiterer Disziplinen) aus. Während der erste Teil der Untersuchung sich mit der physischen Existenz des Menschen in Europa beschäftigt, also der Körperlichkeit und dem Geschlecht, den Sinnen und den Emotionen, der Kleidung, der Ernährung, der Gesundheit und dem Tod, folgen unter der Kategorie „Mitmenschen“ die unterschiedlichen Formen menschlicher Selbstorganisation, sei es in Partnerschaft, Kindheit und Jugend, über Sozialisation und Erziehung sowie Politik und Recht, aber auch in Gestalt von Schichtung und Mobilität oder Gewalt und Krieg. Der abschließende Teil „Umwelten“ schließlich gilt der Erfahrung von Raum und Natur, dem wirtschaftlichen Handeln, dem Bauen und Wohnen, der Kommunikation, aber auch dem Rationalitätsverständnis und der Zeit wie der Geschichte. Der Leser wird dabei so behutsam wie zielgerichtet mit allen wesentlichen Facetten europäischer Wirklichkeitserfahrung vertraut gemacht. Es bedarf keiner großen Prophetie, dass R. damit der Etablierung einer den Namen verdienenden Historischen Kulturanthropologie (mit der Großschreibung des H die Institutionalisierung der Disziplin anzeigend) den Boden bereitet hat. Wer noch krittelnd bemerkte, dass die „Geschichte der Staatsgewalt“ letztlich „etatistischem Denken“ verbunden sein könnte, sieht sich mit dem vorliegenden Band eines Besseren belehrt.

JJH

Jacques Le Goff: Die Geburt Europas im Mittelalter. München: C. H. Beck 2004, 344 S.; *Harold James*: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001. München: C. H. Beck 2004, 576 S.; *Desmond Dinan*: Europe Recast. A History of European Union. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2004, 371 S.

Die drei anzuzeigenden Bände vereint das Bemühen, den „Europäisierungsprozess“ von seinen Anfängen bis hin zur Europäischen Union zu umfassen. Der späte Beitrag L. G. s zur Reihe „Europa bauen“ kann dabei als *summa* seiner Veröffentlichungen zur Geschichte des europäischen Mittelalters gesehen werden. Zwar bietet der Essay für mit den Publikationen des Autors Vertraute wenig Neues, doch überzeugt einmal mehr der Mut zur Kompilation und die souveräne Zusammenfassung unterschiedlichster Literaturbestände. Legitimiert durch die Einschätzung, dass es „nicht an der Zeit ist, eine Universalgeschichte Europas zusammenzufügen“, soll anschaulich gemacht werden, dass das Mittelalter die Epoche der ersten Entwürfe, der Genese Europas als Realität und als Vorstellung war, es mithin die „entscheidende Phase der Geburt, der Kindheit und der Jugend Europas“ darstellt, ohne dass die Menschen dieser Jahrhunderte die Idee oder den Willen gehabt hätten, ein einheitliches Europa zu schaffen. Der an ein breites Publikum gerichtete Text wird diesem Anspruch gerecht, wobei die Erinnerung an zwei französische Historiker dominiert, die mit den *Annales* eine neue Geschichtsschreibung begründeten und am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die These von der mittelalterlichen Geburt Europas vertraten: *Marc Bloch* und *Lucien Febvre*. Im Übrigen hat der umfasste Zeitraum vom 4. bis zum 15. Jahrhundert für den Autor die realen und problematischen Merkmale Europas sichtbar gemacht und vielfach begründet: die Verknüpfung der potenziellen Einheit mit einer fundamentalen Vielfalt, die gemischten Bevölkerungen, die Spaltungen und Gegensätze zwischen Ost und West sowie Nord und Süd, die ungewisse Ostgrenze sowie das einigende Primat der Kultur. Dabei verbindet die Analyse punktuelle historische Faktizitäten mit den ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen und Bildern. Die Ausbildung von Mentalitäten, des im Mittelalter besonders lebhaften Imaginären wird als wesentlicher Zug der Genese Europas bezeichnet. L. G. sieht den „westlichen“ Charakter des lateinisch-christlichen Europa, aus dem der heutige Kontinent hervorgegangen ist, von einer Theorie untermauert, die besagt, dass die Macht und die Zivilisation im Laufe der Geschichte von Osten nach Westen gewandert seien: *translatio imperii*, *translatio studii* – mit der Übertragung der Macht vom Byzantinischen auf das Deutsche Reich und dem Übergang der Gelehrsamkeit von Athen und Rom auf Paris. „Dieser Marsch der Zivilisation nach Westen hat sicher viele Europäer der folgenden Jahrhunderte in der Überzeugung von einer Überlegenheit der abendländischen Kultur bestärkt.“ – Unter

den neueren Publikationen zur Geschichte Europas im 20. Jahrhundert ragt die Darstellung von J. insofern hervor, als sie, mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges beginnend, die Jahrhundertwende einschließt, sich mithin an einer erweiterten Periodisierung und überraschenden Interpretationen versucht. Birgt der Band bis 1945 eher Bekanntes und bleibt auch der Blick auf den Wiederaufbau Europas nach „transatlantischem Muster“ vertraut, stellen die Ausführungen ab den als „goldenes Zeitalter“ bezeichneten 1960er Jahren den europäischen Leser vor untypische Herausforderungen. Dies gilt zum einen für die etwas plakativen Kennzeichnungen der Nachkriegsjahrzehnte, zum anderen und vor allem für die Jahre nach 1989, die auch hier als „Rückkehr nach Europa“ gekennzeichnet werden, dabei aber Elemente einer „neuen Politik“ beinhalten, die J. unter den Kategorien Eigentum, Moral, Außenpolitik, Korruption, Umwelt und regionaler Nationalismus abhandelt. Die Konvergenz von West- und Osteuropa sowie die Auflösung des Rechts-Links-Gegensatzes führen den Autor schließlich zur These eines „zunehmenden Verschwindens der Rolle der Politik“, die so freilich zu undifferenziert scheint, um den Ereignissen der vergangenen beiden Jahrzehnte gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass die von J. gewählten Kategorien eher der Vergewisserung eines US-amerikanischen Publikums dienen, als dass sie die europäische historische Forschung bereichern könnten. Der Band stellt deshalb wohl eher einen Überblick für *undergraduates* dar, auch aufgrund der eher punktuell und eklektisch einbezogenen Literatur. – Einen Versuch, den Entwicklungsprozess der Europäischen Union nachzuzeichnen, legt schließlich D. vor. Zwar verspricht der Autor, den „dynamischen“ Prozess bei der Herausbildung der Europäischen Union nicht nur ereignisgeschichtlich zu rekonstruieren, sondern ihn auch einer analytischen Ausdifferenzierung zuzuführen, doch bleiben die Ausführungen zu *ideas, interests and actors* blass und ohne Erklärungskraft. Die Publikation eignet sich bestenfalls als Einführungstext.

JJH

James Mahoney/Dietrich Rueschemeyer (eds.): Comparative Historical Analysis in the Social Sciences. Cambridge: Cambridge University Press 2003, 444 S.

Paul Pierson: Politics in Time. History, Institutions, and Social Analysis. Princeton/Oxford: Princeton University Press 2004, 196 S.

Methodendebatten in den Sozialwissenschaften dienen dem Selbstverständnis der betreffenden (Teil-)Disziplinen ebenso wie der Relativierung modischer Paradigma, bewirken allerdings nur selten analytische Innovationen und Synergieeffekte, die sich in der allgemeinen Forschungspraxis niederschlagen. Die anzuzeigenden

Bände scheinen einen solchen „Selbstreinigungsprozess“ zu dokumentieren: Beide verweisen auf (offensichtliche) Grenzen jener „universalisierenden Untersuchungsprogramme“ (*Mahoney/Rueschemeyer*), die in Form von *rational choice*-Ansätzen gegenwärtig die US-amerikanische (und abgeschwächt auch die europäische) Forschungslandschaft dominieren, und betonen demgegenüber die Notwendigkeit einer historischen Fundierung sozial- und politikwissenschaftlicher Untersuchungen. Allerdings bleibt es nicht bei der ubiquitären Forderung nach verstärkter Kontextualisierung vergleichender Analysen, vielmehr werden auch die Erträge historisch-qualitativer Sozialforschung sowie dabei auftretende analytische und methodische Probleme erörtert. So macht der von M. und R. herausgegebene Band, der Beiträge führender angloamerikanischer Wissenschaftler – darunter auch P. – vereinigt, zunächst deutlich, dass und wie sich *comparative historical analyses* bislang in einigen wenigen Untersuchungsbereichen konzentrieren (Revolutions-, Sozialstaats- und Demokratisierungsforschung); die nachfolgenden Essays behandeln dann analytische Schlüsselfragen, die für eine qualitative Gesellschaftsforschung von zentraler Bedeutung sind, wobei zu bekannten Problemdarstellungen – wie zum theoretischen Status von Fallstudien (*Rueschemeyer*) – auch innovative Zugänge (etwa P. Halls „systematische Prozessanalyse“) treten. Als noch instruktiver erweist sich P.s Monographie, die, auf mehreren Voruntersuchungen aufbauend, die zeitliche Abfolge gesellschaftlicher und politischer Phänomene erkenntnistheoretisch ernstnimmt und sie in Form historischer „Mechanismen“ für vergleichende Analysen fruchtbar zu machen sucht. Dabei geht es vor allem um jene Kausalbeziehungen, die in strukturellen bzw. punktuellen Ansätzen nicht erfasst werden können: „Pfadabhängigkeiten“ (im engen Sinn), „Koppelungen“ unterschiedlicher Entwicklungen sowie langsam voranschreitende Veränderungen, die insbesondere von „aktualitätsbezogenen“ Politikwissenschaftlern häufig übersehen werden. P. illustriert dies dann anhand der Genese, Entwicklung und Reform politischer Institutionen; allerdings verbleibt seine luzide Argumentation aufgrund der Kontextbezogenheit des Untersuchungsansatzes und der begrenzten Zahl einschlägiger Studien letztlich auf abstraktem Niveau. Im Ergebnis stellen beide Bände also nicht nur für methodologisch Interessierte, sondern auch für die Praxis historisch-empirischer Sozialforschung eine produktive Herausforderung dar. Es käme jetzt auf die vergleichende Institutionenforschung an, die benannten Konzepte und Ansätze systematisch zu nutzen und so die in Teilen noch „abgehobene“ Diskussion stärker empirisch zu grundieren.

FG

Mikhail Filippov/Peter C. Ordeshook/Olga Shvetsova: Designing Federalism. A Theory of Self-Sustainable Federal Institutions. Cambridge: Cambridge University Press 2004, 384 S.

Die vergleichende Föderalismusforschung gewinnt an Bedeutung. Dies erklärt sich nicht nur aus den laufenden Überprüfungen bestehender föderalstaatlicher Arrangements, sondern auch aus den Bemühungen, Transformationsprozessen – seien sie osteuropäischer, afrikanischer oder lateinamerikanischer Natur – eine Richtung zu geben. Dass in diesem Kontext theoretische Erwägungen „wiederbelebt“ werden, ist so funktional wie erfreulich; der anzuzeigende Band steht in diesem Kontext. Wenn auch der Vergleich mit *William Rikers* gleichsam klassischem Band *Federalism* weit hergeholt erscheint, gelingt es F. et al., die schwierigen verfassungstheoretischen wie verfassungspolitischen Fragen nach der Ausgestaltung eines zeitgemäßen Föderalismus auf eine interessante Weise zu bearbeiten. So weisen sie schon zu Beginn darauf hin, dass die Befürworter einer bundesstaatlichen Ordnung bei aller Betonung der USA, Deutschlands, der Schweiz, Australiens oder auch Kanadas als „erfolgreichen“ Föderalstaaten nicht vergessen sollten, dass der Zerfall Jugoslawiens, der UdSSR, der Tschechoslowakei und anderer föderalstaatlicher Systeme durchaus Anlass sein sollte, die machtteilende und stabilitäts- wie wohlfahrtssteigernde Funktion von Föderalstaaten einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Es mutet in der Tat befremdlich an, dass für zahlreiche der derzeit erkennbaren Konfliktherde (von Afghanistan über den Irak bis hin zu afrikanischen Staaten) föderalstaatliche Strukturen gefordert werden, ohne deren Voraussetzungen zu erörtern oder eine den Namen verdienende Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen. Die Autoren entkommen dem damit angesprochenen Dilemma dadurch, dass sie die üblicherweise in der Literatur vorgetragenen Argumente für *preconditions* föderalstaatlicher Systeme nicht ohne Weiteres akzeptieren, sie in Teilen gar zurückstellen zugunsten „*seemingly tangential matters such as the authority of the federal centre’s chief executive; the timing of local, regional and national elections; the bicameral character of the national legislature or appropriately designed substitutes; and the content of regional charters and constitutions*“. Die derart angelegte, ja erweiterte Analyse erbringt insofern interessante Ergebnisse, als im Vollzug eines föderalstaatlichen Designs andere als konstitutionelle Kategorien zum Tragen kommen, zumal politische Institutionen redistributiv wirken, also Gewinn- und Verlustsituationen prägen, die wiederum mittel- und langfristig andere Präferenzen hervortreten lassen könnten. Fügt man dem hinzu, dass natürlich auch widerstreitende Interessen einem Einschluss/Ausschluss-Mechanismus unterliegen und bürgerschaftliche Souveränitäten in unterschiedlicher Weise akkommodiert werden, wird der Anspruch an die Theorie-

bildung deutlich. Sie betont das Gewicht des jeweiligen Parteiensystems um vieles stärker, als dies in herkömmlichen Untersuchungen zur Wirkungsweise föderalstaatlicher Systeme der Fall ist. Dies eindrucksvoll verdeutlicht zu haben, ist das Verdienst der Autoren, selbst wenn die schließlich gewählten „Fälle“ der Russischen Föderation und der Europäischen Union eine erweiterte Empiriebasis verdient hätten. Gleichwohl: ein empfehlenswerter Band, der in die nicht selten zirkulären Diskussionen um eine notwendige Anpassung föderalstaatlicher Systeme einbezogen werden sollte.

JJH

Anne-Marie Slaughter: A New World Order. Princeton/Oxford: Princeton University Press 2004, 341 S.

Global governance ist ein schillernder Begriff. Während er zum einen das Bemühen kennzeichnet, internationalen Ordnungssystemen Form und Funktion zu geben, dient er anderen als Medium der Spekulation und der Selbstdarstellung. Entsprechend ungleichgewichtig ist die darauf bezogene Literatur. So bietet es sich an, mehr denn je die „Spren“ vom „Weizen“ zu scheiden, den unermüdlichen Konstrukteuren von Neo-Institutionalismen, Neo-Realismen etc. Überlegungen gegenüber zu stellen, die – normativ wie funktional an nationalstaatlichen Erfahrungen ansetzend – versuchen, für grenzüberschreitende Probleme Ordnungsprinzipien zu erarbeiten und ihnen institutionelle wie verfahrensbezogene Empfehlungen zuzuordnen. Solche Arbeiten gilt es zu stützen, zumal gerade im Bereich der Internationalen Beziehungen die Empirie den Analyseansätzen weit voranschreitet, wachsende Entgrenzung und Transnationalisierung längst Alltag geworden sind. Der anzuzeigende Band ist in diesem Kontext schon insofern von Bedeutung, als es zurecht darauf verweist, dass *global governance* nicht länger wohlfeiles Desiderat sein sollte, zumal es bereits heute Realität ist. Internationale Gerichtshöfe, interagierende Märkte und sich weltweit abstimmende Politiker sind ein Beleg dafür, dass in unterschiedlichsten, die Nationalstaaten längst übergreifenden Kontexten Kooperationsprozesse stattfinden. Allerdings setzt sich dabei etwas fort, was aus den Erfahrungen der Nationalstaaten bekannt sein sollte: ein wachsendes Defizit an horizontaler wie vertikaler Koordination, ein damit verbundenes *patchwork* unterschiedlichster Problemlösungen, das Auseinanderfallen funktional zusammengehöriger Prozesse. S. nimmt diesen Sachstand auf und verweist zunächst auf die gegebenen Netzwerke, innerhalb derer sich Verantwortungsträger bewegen. An Beispielen wie informellen Beratungsgruppen von Verfassungsrichtern, Organisationen wie den G-8 oder Abstimmungsprozessen

nationalstaatlicher Regulierungsbehörden wird deutlich, dass es eben nicht mehr um die Schaffung eines *global governance* geht, sondern um dessen Fortentwicklung und – vor allem – Anerkennung. Überzeugend wird nachgewiesen, dass es keine wirklichen Alternativen für ein globales Netz von Regierungseinrichtungen gibt, so dass hierauf bezogene Ängste überwunden werden sollten und stattdessen ein funktionales Zusammenwirken von globalen, internationalen und nationalen Einrichtungen anzustreben ist. Die Autorin setzt der gegenwärtigen Staatenordnung eine „effektive“ und „gerechte“ Welt entgegen und schließt mit dem Plädoyer, *disaggregated sovereignty* als notwendig zu akzeptieren und fruchtbar werden zu lassen. Im Ergebnis stellt der Band eine Bereicherung des immer leicht „abgehobenen“ Literaturstandes zum Themenbereich dar. Es wäre zu wünschen, dass jetzt auch die Internationalen Beziehungen einen analytischeren Weg gehen und die in Teilen durchaus trivialen „Theorieansätze“ durch empirisch fundierte Arbeiten ergänzen.

BB

Manfred Wöhlcke/Charlotte Höhn/Susanne Schmid: Demographische Entwicklungen in und um Europa. Politische Konsequenzen. Baden-Baden: Nomos 2004, 239 S.

Die Bedeutung demographischer Entwicklungen für das öffentliche Handeln rückt immer stärker in das Blickfeld politischer Entscheidungsträger. In staats- und europawissenschaftlichen Untersuchungen dagegen wurden bevölkerungsbezogene Variablen bislang kaum berücksichtigt. Von daher erscheint das anzuzeigende Buch verdienstvoll, sucht es doch „dem Bedarf nach stärkerer interdisziplinärer Zusammenarbeit von Demographie und Politikwissenschaft“ Rechnung zu tragen und „Konsequenzen der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung für die europäische Politik“ aufzuzeigen (7). Interessant zudem, dass die Autoren sowohl innerstaatliche (Schrumpfung und Überalterung der europäischen Gesellschaften) als auch trans- bzw. internationale Problemzusammenhänge (Verschiebung internationaler Gewichte sowie vermehrte Migration aufgrund „demographischer Asymmetrien“) behandeln. Dem selbst gesetzten Anspruch, die Bevölkerungsanalysen systematisch mit politischen Reaktionsmöglichkeiten zu verbinden, wird die Studie indes nicht wirklich gerecht. Zwar bereiten W. et al. demographische Entwicklungstrends der europäischen Gesellschaften umfassend und solide auf, diskutieren aber deren Rückwirkungen auf die sozialen Sicherungs- und Bildungssysteme nur auf hoch aggregiertem Niveau, gehen mithin nicht hinreichend auf Möglichkeiten wie Grenzen politischer Steuer-

rung (und das Tun und Lassen nationaler Regierungen) ein, woraus sich erst realitätsnahe Handlungsempfehlungen ergeben könnten. Umgekehrt werden die Problemdimensionen „Staatengewicht“ und „Migration“ ausführlich dargestellt, ohne dass (kausale) Verbindungen zur zugrunde gelegten Bevölkerungsentwicklung erkennbar würden. Vor allem fehlt es am Einbezug weiterer Kontextbedingungen, die das relative Gewicht des demographischen Wandels verdeutlichen könnten. Die – analytisch voraussetzungsvolle – „Entzauberung“ des Faktors Demographie bleibt also ein *Petitum* der Forschungsagenda.

FG

José María Beneyto Pérez/Ingolf Pernice (eds.): The Government of Europe: Which Institutional Design for the European Union? Baden-Baden: Nomos 2004, 125 S.

Dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem zusammenwachsenden Europa theoretischer, empirisch-analytischer und methodischer Grundlagen bedarf, sollte unumstritten sein. Gleichwohl finden sich noch immer Publikationen, die im Vorfeld dieses Anspruches versuchen, den ablaufenden Europäisierungsprozess zu begleiten, ohne dem darauf bezogenen Literaturstand oder auch nur den damit verbundenen wissenschaftlichen Minimalstandards zu entsprechen. Das anzuzeigende Heft (die Bezeichnung „Band“ verbietet sich) stellt schon insofern ein Ärgernis dar, als es unter einem höchst anspruchsvollen Titel eine Kollektion unterschiedlichster, meist sehr kurzer Gedankenskizzen zusammenführt, die sich weder zu einem Ganzen fügen, noch auch nur annähernd den Stand der Auseinandersetzung um ein europäisches „Regierungssystem“ wiedergeben. Hinzu kommt, dass man ersichtlich auf die Konventsberatungen, die bekanntlich zum Entwurf eines Verfassungsvertrages führten, einwirken wollte (mit gleichsam präskriptivem Anspruch), ohne diesen Diskussionen ausreichend verbunden zu sein. Im Ergebnis findet sich ein „Flickenteppich“, der weder der Verfassungsdebatte noch der erfreulich weit gediehenen Forschung zu einer den Namen verdienen europäischen Gewaltenteilung (und den diese sichernden institutionellen Arrangements) dient. „Ein bisschen hiervon, ein bisschen davon“, Widersprüche inbegriffen und das Ganze dann auch noch in einem Sprachenmix, der einen Deutschen auf Englisch, einen Spanier auf Deutsch und Dritte wiederum in ihrer Muttersprache berichten lässt, ohne erkennbares Konzept, die Hand eines Herausgebers oder ein an die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens erinnerndes Lektorat: Wer so publiziert, gefährdet ohne Not eine Diskussion, derer die Europäische Union dringend bedarf.

JJH

Henrik Enderlein: Nationale Wirtschaftspolitik in der europäischen Währungsunion. Frankfurt/New York: Campus 2004, 228 S.

Zur asymmetrischen Struktur der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) finden sich zahlreiche ökonomische wie politikwissenschaftliche Publikationen, kaum aber empirisch-vergleichende Analysen, die einem – vom Thema her naheliegenden, allerdings schwer einzulösenden – interdisziplinären Ansatz folgen. Genau dies gelingt der am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung entstandenen Dissertation. Sie untersucht die Auswirkungen der vergemeinschafteten Geldpolitik auf die Lohn- bzw. Finanzpolitik, die allein den Euro-Staaten zur Stabilisierung ihrer volkswirtschaftlichen Konjunkturzyklen verbleiben. Angesichts der heterogenen Ausgangssituation innerhalb der EWWU überrascht es nicht, dass die nationalen Anpassungsprozesse hochgradig unterschiedlich verliefen. Indes vermag E. diese Varianz zwischen zehn Euro-Staaten – Griechenland und Luxemburg werden nicht einbezogen – systematisch wie empirisch zu erklären. Dazu ermittelt er zunächst den ökonomischen Anpassungsdruck, wobei auch die zyklische Dimension der Wirtschaftsentwicklung in den 1980er und frühen 90er Jahren berücksichtigt wird. Im Anschluss daran werden die institutionellen Kapazitäten in der Finanz- (Zentralisierung der Ressourcenstrukturen, haushaltspolitische Steuerungsfähigkeit) und Lohnpolitik (Struktur der Lohnfindungssysteme, Einfluss der nationalen Regierung) vergleichend analysiert. Die daraus resultierenden länderspezifischen Hypothesen können dann in komprimierten Fallstudien weitgehend bestätigt werden. Besonders interessant freilich erscheinen die „Abweichungen“ von den modelltheoretischen Erwartungen: die Bundesrepublik Deutschland, für die eine Zentralisierung der öffentlichen Ausgaben nahe gelegen hätte, aber noch keine entsprechende Lösung gefunden wurde; Finnland, das trotz stark dezentralisierter Ressourcenstrukturen eine effektive Stabilitätspolitik betrieb; sowie Italien, das keiner erkennbaren Anpassungslogik folgte. Zu deren Erklärung bedürfte es jeweils tiefergehender, stärker politikwissenschaftlich ausgerichteter Analysen. Auch konzentriert sich die Untersuchung ausschließlich auf die EWWU als auslösende Variable, bezieht mithin nicht endogen induzierte Veränderungsbedarfe ein. Dies schmälert jedoch die Forschungsleistung kaum – vielmehr wird man auf die Ausführungen zu den Funktionsdefiziten des Stabilitäts- und Wachstumspakts wie der wirtschaftspolitischen Koordinierung spätestens dann zurückkommen, wenn weitere, ökonomisch heterogene EU-Staaten der Euro-Gruppe beitreten.

FG

Am Rande oder: Zu guter Letzt

Alexander von Humboldt: Kosmos. Entwurf einer physischen Weltbeschreibung. Frankfurt am Main: Eichborn 2004, 944 S.

Was soll man von der Herausgabe eines Werkes halten, die das „Produkt“ so bewirbt, wie der Eichborn-Verlag dies für notwendig hält? Da gibt es AvH-Seidenschals als Beigabe, weiß der Bundesaußenminister, dass *Alexander von Humboldt* „die Vereinten Nationen der Wissenschaft begründet hat“, hält *Günther Jauch* den Autor für „Europas ersten Kosmonauten“ und sieht man sich – in diesem Fall als Vertreter der Alexander von Humboldt-Stiftung – mit dem emphatischen Ausspruch einer Dame der „Berliner Gesellschaft“ konfrontiert: „Ach, wenn wir doch heute einen solchen Bildungsreformer in unseren Reihen hätten.“ Erstickt nur die altehrwürdige Aura eines Museums den eigentlich angezeigten Lachanfall, bleibt festzuhalten, dass die verdienstvolle „Andere Bibliothek“ des *Hans Magnus Enzensberger* substantiellere Aufmerksamkeit verdient, als dies im anzuzeigenden Fall erkennbar ist. So eignet sich der „Kosmos“ nun wirklich nicht als *coffee table book* „con amore“, bleibt der Autor auch ohne überbordende Vermarktung ein „Universalgenie“, wird man schon lesen, nicht nur blättern oder gar „schauen“ müssen, um dessen Stellung als „Pionier und Vorbild modernen wissenschaftlichen Denkens“ zu verstehen. Dazu empfiehlt sich dann der Erwerb wesentlich günstigerer Restauflagen, etwa der der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, statt der obszönen Preisgestaltung (EUR 99,-) des Herrn *Greno* zu folgen. Ob von dessen Initiative etwas verbleibt, ist angesichts des erkennbaren *overkill* so fragwürdig wie der gegenwärtige Stand der wissenschafts- und bildungspolitischen Diskussion, die über und mit uns geführt wird. Es gehört schon Mut dazu, sich dagegen zu wehren, weder *Alexander von Humboldt* noch *Hans Magnus Enzensberger* dem Schmunzeln auszusetzen oder diesen „Fall“ als ultimativen Beleg für das sinkende Bildungsniveau der Nation zu begreifen.

JJH